

Energiekrise vertagt Klimakrise?

China und Indien vor der UN-Klimakonferenz

Christian Hübner

Die rasant steigenden Energiepreise in Europa und Asien haben die Energieversorgungssicherheit ins öffentliche Bewusstsein zurückgerufen. Die Regierungen der betroffenen Länder bemühen sich, die steigenden Energiekosten durch zusätzliche Energieimporte und finanzielle Entlastungen für Energiekonsumentinnen und -konsumenten auszugleichen. Kurzfristig erleben die fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle dadurch eine ökonomische Renaissance. Für den anstehenden Klimagipfel (COP26) der Vereinten Nationen (VN) in Glasgow sind das denkbar schlechte Vorzeichen. Es drängt sich die Frage auf, ob die Energiekrise die Bekämpfung der Klimakrise vertagt. Vor allem die großen CO₂-Emittenten China und Indien stehen im Fokus.

In China beeinträchtigt die Energiekrise unter anderem örtliche Produktionsprozesse, vor allem in den energieintensiven Branchen. Vergleichbare Entwicklungen bahnen sich im Norden Indiens an. Negative Auswirkungen auf die globalen Wertschöpfungsketten sind zu erwarten. Die Gründe für die Energiekrise sind vielfältig. Zum einen ist der Energiebedarf aufgrund der sich von der Corona-Pandemie erholenden Weltwirtschaft enorm gestiegen. Auf der anderen Seite war der heimische Kohleabbau in beiden Ländern aufgrund starker Regenfälle eingeschränkt. Ein besonders trockener Sommer grenzte anschließend die Nutzung der Wasserkraft ein. In China kommen frühere Zwangsschließungen von Minen aufgrund von Sicherheitsverstößen sowie der informelle Bann australischer Kohleimporte verschärfend zur Kohleknappheit hinzu. Zudem haben chinesische Umweltschutzgesetze, die den Stromkonsum und die Energieintensität nach konkreten Planvorgaben verringern sollen, zu kurzfristigen Kraftwerksabschaltungen geführt, um jene Pläne einzuhalten.

Zur Abfederung der Energiekrise wird neben Kohle auch verstärkt Gas eingekauft, wodurch die Gaspreise, zum Leidwesen der europäischen Konsumentinnen und Konsumenten, massiv gestiegen

sind. Außerdem wird in beiden Ländern über den Ausbau von strategischen Kohle- und Gasreserven nachgedacht. Die heimischen Kohleproduktionen sollen außerdem substanziell erhöht werden. Kurzfristig werden vor diesem Hintergrund in Indien und China die CO₂-Emissionen deutlich steigen. Für das Klima heißt das nichts Gutes. Beide Länder gehören zu den größten Energieverbrauchern weltweit, die ihren Strom vor allem aus der Kohleverbrennung beziehen.

Für Indien und China kommt die Energiekrise je nach Sichtweise kurz von den Klimaverhandlungen zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Beide haben noch keine neuen Klimaschutzpläne (National Determined Contributions, NDCs) im Rahmen des Pariser Klimaabkommens bekannt gegeben. Indien könnte, das auf der COP tun. China hat hingegen kurz vor der VN-Klimakonferenz sein NDC aktualisiert. Die internationale klimapolitische Wahrnehmung Chinas und Indiens fällt aufgrund ihrer unterschiedlichen Ansätze sehr verschieden aus. Indien sieht sich international mit der Aufforderung konfrontiert, ein CO₂-Neutralitätsziel zu verkünden, was es bisher ablehnt. In diesem Kontext verweist es regelmäßig auf den massiven Ausbau erneuerbarer Energien (bis 2030 sollen 450 Gigawatt

zusätzlich aus erneuerbaren Energien stammen) und die historische Verantwortung der führenden Industrieländer für den Klimawandel. China hat hingegen ein CO₂-Neutralitätsziel für 2060 annonciert und will ab 2030 seine CO₂-Emissionen verringern. Erst kürzlich unterstrich China öffentlichkeitswirksam seine Klimaambitionen durch den Stopp des Baus von Kohlekraftwerken im Ausland. Zugleich findet der weltweit größte Zubau von erneuerbaren Energien-Anlagen in China statt. Hinzu kommt die Einführung des größten nationalen Emissionshandels weltweit in diesem Jahr.

China und Indien haben sich im Kern politisch dazu bekannt, ihre Energieversorgung zu dekarbonisieren und handeln dementsprechend. Neben dem Klimaschutz spielen die mittlerweile

im Vergleich zu fossilen Energieträgern günstigeren erneuerbaren Energien sowie ihre zur Energieunabhängigkeit beitragende heimische Verfügbarkeit eine strategisch tragende Rolle. Die Energiekrise und ihre Bewältigung durch den vermehrten Einsatz fossiler Energieträger wird deshalb vermutlich nur eine kurzfristige Maßnahme bleiben und keine signifikanten Änderungen in den mittel- bis langfristigen Dekarbonisierungsstrategien Chinas und Indiens nach sich ziehen. Die Krise könnte sogar dazu beitragen, dass die Dekarbonisierung beschleunigt vorangeht, um Energiekrisen in Zukunft zu vermeiden. Ob daraus aber die Bereitschaft entsteht, sich auf der multilateralen Ebene auf höhere verpflichtende Klimaambitionsniveaus einzulassen, bleibt abzuwarten. Auch ohne Energiekrisen waren China und Indien in der Vergangenheit eher zurückhaltend.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Christian Hübner

Leiter des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Asien und Pazifik
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
christian.huebner@kas.de

Dr. Peter Hefele

Leiter Asien und Pazifik
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
peter.hefele@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.